

Sehr geehrter Bürgermeister Louis,
Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
Sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
Sehr verehrte Zuhörerinnen und Hörer im Saal,
Sehr geehrte Vertreter der Presse,

heute stehe ich vor Ihnen zur Aussprache über den uns vorliegenden Haushaltsplan für das Jahr 2024.

Sehen Sie es mir nach, dass ich mich hier und heute auf den uns vorliegenden Haushaltsentwurf 2024 in meiner Stellungnahme fokussiere und das Feld zur Generalabrechnung mit der Ampel im Bund, der Schwarz-Grünen Regierung in Düsseldorf und der gesamten Weltpolitik meinen Nachrednern überlassen werde, wie im letzten Jahr bereits durch Willi Mispelbaum geschehen.

Machen wir es kurz, bei Aufwänden von ca. 148 Millionen € und Erträgen von etwas mehr als 140 Millionen €, klafft ein Loch im geplanten Haushalt von etwa 7,5 Millionen €.

Dieses Defizit von 7,5 Millionen wird aus der Ausgleichsrücklage gedeckt und entnommen.

Eigentlich müsste einem jetzt angst und bange werden.

Aber dies wird es den meisten wahrscheinlich nicht, denn wann hat denn schon mal ein Haushaltsplan in den letzten Jahren planerisch gepasst?

Jedes Jahr reden wir hier von einem Defizit und am Ende kommt doch wieder ein ausgeglichener Haushalt dabei raus und der Überschuss kommt in die Rücklage.

Wir kennen doch alle den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“....ähnlich verhält es sich mit dem Haushalt.

Nur wie im Film könnte es passieren, dass die Endlosschleife ein Ende nimmt und man wieder in der Wirklichkeit landet.

Und in dieser Wirklichkeit sind wir mit diesem Haushalt angekommen, ohne die Möglichkeit der Isolierung übersteigen wir das geplante Defizit aus 2023 um weitere 1,2 Millionen €.

Und die Wirklichkeit wird im Jahr 2025 noch realer werden, wenn es heißt: Was passiert mit den isolierten Schulden für Corona und dem Ukraine Krieg?

Bis dato sind für die Jahre 2020-2022 knapp 2,8 Millionen bilanziert. Laut vorliegendem Haushaltsplan für 2023 ca. 5,5 Millionen €. Auch wenn sicherlich die 5,5 Millionen € wie geplant nicht erreicht werden, ist dennoch klar, dass ein hoher Millionenbetrag eingeplant werden muss.

Und hier verweise ich gerne auf meine Rede vom letzten Jahr:

Zitat:

„Mit Blick auf die zukünftigen Generationen, ist eine 50-jährige Abschreibung mit der SPD hier im Rat der Stadt Heinsberg nicht zu machen.“ Zitatende

Kommen wir zurück zu den Aufwendungen von knapp 148 Millionen €. Das sind mehr als 12 Millionen € Aufwendungen mehr als 2023 und 24,5 Millionen € mehr als 2022. Die Ausgaben explodieren förmlich innerhalb von 2 Jahren. Wo geht hier die Reise hin? Korrespondierend hierzu sind die Erträge zwar auch im gleichen Zeitraum um ca. 20 Millionen € gestiegen, aber wie bereits oben erwähnt sind die isolierten Schulden on Top zu rechnen.

Noch ist die Gewerbesteuer hier in Heinsberg ein sicherer Einnahmefaktor was darauf schließen lässt das die Heinsberger Firmen gut aufgestellt sind.

Waren die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2022 im Ist noch bei fast 38 Millionen €, so sind Sie bereits im Plan 2023 bei „nur“ 31,25 Millionen € angesetzt und im Jahr 2024 bei knapp 33 Millionen € kalkuliert.

Ausweislich der letzten Mitteilung über die finanzielle Entwicklung in der Stadt Heinsberg vom 12.01.2024 betragen die Erträge aus der Gewerbesteuer über 36 Millionen EURO. Damit scheint die tatsächliche Entwicklung der aktuellen Planung leider nicht zu entsprechen. In dem Falle ist es zwar monetär positiv aber planerisch leider weit von zielführend und treffsicher entfernt.

Diese Annahme, dass die Gewerbesteuer auf hohem Niveau weiter hin sprudelt, wirkt erstmal beruhigend, aber ist Sie auch verlässlich? Keiner von uns wird-dies weder positiv noch negativ verlässlich- voraussagen können. Denn die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, wie schwankend die Einnahmen der Gewerbesteuer doch sein können.

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren steigt die Schlüsselzuweisung des Landes um knapp 3 Millionen auf 13,29 Millionen €. Dies ist sicherlich bei dem enormen geplanten haushälterischen Minus positiv zu bewerten, doch auch hier muss der Finger mahnend gehoben werden. Diese Steigerung kann auch schnell vorbei sein, wie die letzten Jahre gezeigt haben.

Die Personalaufwendungen steigen innerhalb von 3 Jahren im Ergebnis 2021 von etwas mehr als 25 Millionen € auf planerische 33,6 Millionen €. Ein Anwuchs von über 8 Millionen € in 3 Jahren.

Dies ist sicherlich den, für das Personal positiv, hohen Tarifabschlüssen geschuldet und dem Zuwachs neuer Stellen im Kitabereich und der Verwaltung.

Der Personalkostenschlüssel liegt bei mehr als 25 % und wird steigen.

Gutes Personal muss auch gut bezahlt werden und es ist mehr als richtig, dass das Personal der Stadt Heinsberg hiervon profitiert.

Bleiben wir im Haushaltsplan 2024:

Aus dem Vorbericht geht hervor, dass die Landesregierung wieder die „haushaltsrechtliche Normalität“ nach den Krisenjahren anstrebt (siehe Seite 8).

Das ist auch begrüßenswert, wenn man bedenkt, dass uns die vorübergehend isolierten Aufwendungen in der Zukunft auf die Füße fallen werden, wie ich bereits erläutert habe, da sie mit dem Eigenkapital zu verrechnen sind. Auch wenn ich damit meine eigene Partei treffe, so erinnert mich das sehr an die auf Bundesebene praktizierten Bildungen von sogenannten Sondervermögen.

Im Bund verhöhnt auf Landes- und Kommunalebene anscheinend geschönt.

Auch deswegen sind die Überlegungen der Landesregierung, den Haushaltsausgleich für die Kommunen zu erleichtern mehr als fragwürdige Tricksereien. Nach dem Motto: Wenn wir schon kein Geld für die Kommunen haben, dann verschaffen wir ihnen im Wege der Gesetzgebung ein vereinfachtes Verfahren zum Haushaltsausgleich. Das ist mit der Versetzung in der Schule zu vergleichen: Wenn man bisher dann versetzt wurde, wenn man nur eine fünf hatte, so wird man jetzt auch mit zwei oder auch drei fünf versetzt. Es dürfte ernsthaft zu bezweifeln sein, dass diese Vorgehensweise das Leistungsniveau und Leistungsbestreben hebt. Um auf die Kommunen zurückzukommen: Warum sollten diese ihre Haushalte konsolidieren, wenn ihnen ohnehin kein Haushaltssicherungskonzept droht. Bleibt zu hoffen, dass

dieser Referentenentwurf zum 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz auch nur ein Entwurf bleibt.

Im Vorbericht kommt auf Seite 10 zum Ausdruck, dass die Rückkehr zur haushaltsrechtlichen Normalität gerade im Sinne der Generationengerechtigkeit durchaus begrüßenswert ist.

Ist es mit dem Gedanken der Generationengerechtigkeit allerdings zu vereinbaren, dass wir unsere Liquidität in kürzester Zeit gegen Null reduzieren? Was gedenken, wir zu tun, wenn die liquiden Mittel aufgebraucht sind? Investieren wir dann in ähnlichen Dimensionen wie jetzt, nur wieder kreditfinanziert?

Ich zitiere aus meiner Rede vom letzten Jahr:

Zitat:

„Hier kann wohl kaum mehr von einer Chance durch vorhandene Liquidität zur Überwindung von Krisenzeiten gesprochen werden, wenn im Jahre 2027 unsere Liquidität planerisch fast aufgezehrt ist.“ Zitat Ende

Das für das Haushaltsjahr 2024 ausgegebene Ziel eines konservativen Schuldenmanagements mit kontinuierlichem Abbau von Schulden sowie die strikte Einhaltung der Nachhaltigkeitssatzung dürften dann nach dem mittelfristigen Finanzplanungszeitraum wohl in Frage zu stellen sein.

Kommen wir nun zur Investitionstätigkeit.

Im Plan für 2024 sind hierfür fast 34 Millionen veranschlagt, im letzten Jahr waren hier knapp 29 Millionen € geplant, eine Summe die ich bereits letztes Jahr als „gigantisch“ für Heinsberger Verhältnisse genannt habe und von der der 19,8 Millionen Euro ausgezahlt wurden. Das bestätigt unsere Vermutung des letzten Jahres.

Auch hier ein Zitat aus der letzten Haushaltsrede:

„Uns als SPD-Fraktion stellt sich damit die grundlegende Frage, ob wir uns nicht finanziell, aber auch personell, überheben.“

Ist die Abarbeitung dieser Summe und der dahinterstehenden Maßnahmen händelbar, oder wird hier gerade im Bereich der Gebäudewirtschaft nicht mehr als am Anschlag gefahren?“ Zitatende

Wenn wir sehen das also im Jahr 2023 ca. 69% der Gesamtinvestition zur Auszahlung kommt, übrigens im Jahr 2022 waren es nur knapp 54%, dann bleibt schon die Annahme, ob wir bei 34 Millionen uns nicht komplett überheben.

Wir reden hier immerhin um eine weitere Steigerung von 17%.

Und das alles zu Lasten der Liquidität!

Auch hier zitiere ich aus meiner Rede vom letzten Jahr

Zitat:

„Da auch in diesem Jahr Investitionskredite nicht veranschlagt werden und die Nachhaltigkeitssatzung, was wir außerordentlich begrüßen, nicht in Frage gestellt wird, wird deutlich, dass wir unsere Investitionen aus der vorhandenen Liquidität finanzieren. Doch wie lange wird das gut gehen?“

Ich möchte deutlich hervorheben, dass es sich bei den meisten um Investitionsmaßnahmen handelt, die vollumfänglich von der SPD mitgetragen wurden und werden. Aber muss das alles in einem so kurzen Zeitraum vollzogen werden? Ist plötzlich alles Wünschenswerte möglich und das sofort?“

Zitat Ende.

An der Fragestellung und der Problematik hat sich aus Sicht der SPD nichts geändert!!

Dennoch müssen auch wir bestätigen, dass viele Investitionen unumgänglich sind.

Die nachfolgend schon beschlossenen Investitionen, allen voran die beiden Feuerwehrgerätehäuser in Waldenrath/Straeten und Porselen und die geplante Fahrzeugbeschaffung für unsere Freiwillige Feuerwehr, wie laut Brandschutzbedarfsplan beschlossen, sind unantastbar.

Auch die Erweiterung der Grundschule Dremmen, die Erweiterung der Realschule Heinsberg und der Neubau für den Grundschulverband Grebber-Schafhausen in Grebber sind Maßnahmen, die seitens der SPD Ihre Zustimmung fanden.

Die Sanierung der Straße Ostpromenade wird sicherlich zu erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen führen, die aber unumgänglich sind und auch hier hat die SPD der Maßnahme bereits zugestimmt.

Auch der Freizeit und Sportpark „Wurmaue“ nimmt endlich Fahrt auf. Hier kann man sagen besser spät als nie!

In Dremmen wird der Dorfplatz umgebaut und neugestaltet.

Und noch einige Maßnahmen mehr die ich hier nicht alle aufzählen möchte.

Ich komme nun zu einer langjährigen Forderung der Heinsberger SPD Fraktion, und zwar die Einhaltung des § 13 der KomHVO bei zukünftigen Investitionen, es ist bekannt, dass wir von dieser Forderung keinen Zentimeter abgewichen sind und abweichen werden.

Unsere Androhung von rechtlichen Schritten scheint auf fruchtbaren Boden gestoßen zu sein. Scheinbar war unser jahrelanger Kampf zur Einhaltung des § 13 der KomHVO mittlerweile zielführend.

Ich zitiere aus dem § 13 KomHVO Absatz 2.

„Ermächtigungen für Baumaßnahmen dürfen im Finanzplan erst veranschlagt werden, wenn Baupläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung, die Gesamtkosten der Maßnahme, getrennt nach Grunderwerb und Herstellungskosten, einschließlich der Einrichtungskosten sowie der Folgekosten ersichtlich sind und denen ein Bauzeitenplan beigelegt ist. Die Unterlagen müssen auch die voraussichtlichen Jahresauszahlungen unter der Angabe der Kostenbeteiligung Dritter, und die für die Dauer der Nutzung entstehenden jährlichen Haushaltsbelastungen ausweisen.“ Zitat Ende.

Hier scheint die Verwaltung so langsam dementsprechend zu handeln, was von uns sehr positiv bewertet wird.

Auch im Bereich der IT sind im Haushalt erhebliche Budgetanpassungen zu erkennen. Auch dies wurde von uns in den letzten 2 Jahren stets moniert das die Investitionen zu niedrig sind. Aus Sicht der SPD-Fraktion scheint auch hier endlich ein Umdenken erkennbar zu sein.

Beim Thema Flüchtlinge bekommen wir als Ratsvertreter monatlich eine aktuelle Übersicht der Zahlen.

Hier bleibt vor allem festzuhalten, dass die Zahlen gegen jede vorhergetätigte Vermutung stabil bleiben. Die Gesamtzahl war zum 05.01.2023 779 und zum 04.01.2024 748. Die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge steigt zwar innerhalb eines Jahres dafür nimmt die Zahl der Flüchtlinge aus anderen Regionen der Erde ab.

Warum allerdings im Haushalt höhere Kosten eingeplant sind erschließt sich uns nicht. Vor allem im Bereich der Anmietungen müsste nach der Containerlösung doch eigentlich eine Kostensenkung zu vermuten sein.

Denn laut Antwort auf die Anfrage meiner Fraktion ist die Containerlösung zum 29.11.2023 gerade mal bei einer 50%igen Auslastung.

Und im Rahmen der Anschaffung dieser Anlage konnten bis dato 12 Wohneinheiten abgemietet werden.

Schockierend dürfte für alle aufmerksamen Leser des Haushaltes die Seite 46 des Vorberichtes sein. Hier liegt die Stadt Heinsberg im Bereich der Sozialtransferaufwendungen weit oberhalb des Durchschnittes.

Auf Nachfrage an die Verwaltung ist die Aufschlüsselung auf einzelne Leistungsarten im interkommunalen Vergleich aus dem IKVA-System nicht möglich.

Dennoch sind wir der Meinung, dass dies erörtert werden muss. Das Heinsberg hier im Vergleich zu anderen Kommunen so schlecht dasteht ist für eine Partei wie unsere die das Wort Sozial in Ihrem Namen trägt schwer verdaulich.

Das Thema Klimaschutz wird, wie bereits im letzten Jahr angesprochen, die nächsten Jahre ein fortlaufendes Thema der zukünftigen Ratsarbeit sein. Hier hat der Rat und die Stadt Heinsberg mit dem Integrierten Klimaschutzkonzept und „Heinsberg blüht auf“ positive Maßnahmen für die Zukunft auf den Weg gebracht.

Zum Klimaschutz gehören auch Windkraftanlagen, hier sieht die Schwarz/Grüne Landesregierung einen Gesetzentwurf für 2024 vor, dass Anwohner und Kommunen zukünftig per Gesetz finanziell beteiligt werden.

Aus unserer Sicht eine gute Form der Förderung von Akzeptanz in der Bevölkerung. Hier sollte aus unserer Sicht auch die weitere Form von Bürgerbeteiligung an zukünftigen Windrädern verfolgt, gefordert und gefördert werden.

Kommen wir zurück zu den vor uns liegenden Haushaltszahlen.

Auch in diesem Haushalt stellt die Kreisumlage einen großen Einzelposten im Haushalt dar, trotz leichtem Schluck der Kreisverwaltung aus der eigenen Rücklage.

Aber auch hier lohnt sich der Blick nach vorne. Wie geht der Kreis denn im Jahr 2025 mit den „isolierten Schulden durch die Corona Pandemie und den Ukraine Krieg um“.

Für uns als SPD-Fraktion wäre nach wie vor interessant zu wissen, wie der Kreis mit den isolierten Schulden umgeht. Tendiert er zur Einmalzahlung oder tendiert der Kreis dazu, die aufgelaufenen isolierten Aufwendungen in späteren Jahren sukzessive abzuschreiben und diese Abschreibungen sich über die allgemeine Kreisumlage von den Kommunen finanzieren zu lassen um sich selbst sich auf diesem Wege Liquidität zu verschaffen.

In den letzten Jahren gab es in der städtischen Haushaltsplanung nur einen Haushalt der ausgeglichen geplant war. Dennoch waren trotz erheblicher Defizitplanungen die Abschlüsse der Haushalte seit 2015 immer positiv. Es bestand daher immer die Möglichkeit, Überschüsse in die Rücklage zu verbuchen.

Jetzt plant man innerhalb von 2 Jahren diese Rücklage komplett aufzubrechen und das in mehr als herausfordernden Zeiten.

Wäre es nicht viel sinniger mit den Rücklagen schonender umzugehen?

Durch zukünftig nicht mehr vorhandene Rücklagen droht das Reißen der 5% Marke und das Damoklesschwert des Haushalts sicherungskonzeptes.

Wir sind uns dessen bewusst, dass viele nicht hausgemachte Faktoren den Haushalt 2024 negativ beeinflussen.

Doch müssen wir **jetzt** die Weichen stellen für die Jahre 2025-2030!!

Denn nur wenn wir wirklich seriös an morgen denken wollen, müssen wir heute damit anfangen!

Wir haben letztes Jahr den Haushalt für 2023 abgelehnt, dies hatte aus unserer Sicht folgende 3 hauptverantwortliche Gründe:

1. Die aus unserer Sicht nicht Einhaltung des § 13 der KomHVO
2. Einsparpotenziale im Investitionsbereich
3. Die zu hohe Inanspruchnahme der liquiden Mittel

Punkt 1:

Ist wie bereits von mir erläutert in diesem Jahr kein Thema.

Punkt 2:

Im Investitionsbereich sind aus Sicht der SPD keine Einsparpotentiale vorhanden, vor allem unter der Berücksichtigung das die Vorhaben alle von uns bereits im Vorfeld mit auf den Weg gebracht worden sind.

Sogar bei dem immer wieder angesprochenem Thema Sportplatz Schafhausen weist der Haushalt explizit auf einen Naturrasenplatz hin. Da es hier diesbezüglich keinen Änderungsantrag zum Haushalt seitens der CDU gab, gehen wir davon aus das dies von der Mehrheitsfraktion genauso gesehen wird. Ansonsten droht zukünftig der komplette Gesichtsverlust bei diesem Thema.

Punkt 3:

Die hohe Inanspruchnahme der liquiden Mittel zur Finanzierung von Investitionen, die kurz- bis mittelfristig ein Volumen angenommen haben, das nach unserer Auffassung nur schwer komplett umsetzbar ist, ist nach wie vor ein Stachel der tief sitzt.

Dennoch sind wir ehrlich genug um zusagen, dass uns eine momentane Lösung den Stachel zu entfernen fehlt, denn wie bereits erwähnt halten wir alle Investitionen für notwendig.

Aus diesen Gründen ist die SPD-Fraktion nach intensiver Beratung zu dem Entschluss gekommen dem Haushalt für das Jahr 2024 in der uns vorliegenden Form, wenn auch nicht aus voller Überzeugung zuzustimmen!

Unsere Zustimmung sollte aber nicht drüber hinwegtäuschen, dass wir den massiven Liquiditätsverlust nicht unbegrenzt mittragen und die Entwicklung sehr sorgfältig beobachten und gegebenenfalls gegensteuern werden.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine Anmerkung.

In unseren Reihen sitzt eine Partei, die zwar demokratisch gewählt worden ist, aber der man auf Bundes- und zum Teil Landesebenen demokratisches Verhalten abstreiten kann.

Diese Diskussion möchte ich hier nicht führen. Aber ich möchte mal den politisch Interessierten Menschen hier in Heinsberg vor Augen führen, was denn die sogenannte „Alternative“ für Sie tut.

Und das ist Garnichts!!

Seit der Kommunalwahl hat die sogenannte Alternative keine einzige Anfrage gestellt und keinen einzigen Antrag. Von Wortmeldungen, Erklärungen warum man wie abstimmt, nichts zu hören.

Auf der Straße und in den sozialen Netzwerken poltern aber in diesem Gremium hier sich mit demokratischen Parteien inhaltlich auseinandersetzen, scheinen Sie sich nicht zu trauen.

Das ist dann die Alternative Politik dieser Partei? Wenn doch im Bund / Land und der Kommune so viel schlecht läuft, wo sind denn Ihre politischen Ansätze und Ideen.?

Wenn es drauf ankommt, leider nichts als heiße Luft.

Bedauernswert finde ich hier ebenfalls, dass leider solche Nachrichten in unserer lokalen Presse nicht zu lesen sind.

Im Namen der SPD-Fraktion bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Ein besonderer Dank gilt Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Louis und Ihnen, sehr geehrter Herr Schmitz, sowie den zahlreichen Helfern für die Darstellung des Haushaltsentwurfs 2024 und ihre erläuternden Vorbemerkungen und die ergänzenden Ausführungen auf Fragen aus meiner Fraktion. Wir bitten Sie, den Dank der SPD-Fraktion an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Heinsberg, 31.01.2024

Jochen Lintzen

Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat der Stadt Heinsberg